

Auf einen Blick

Neues aus der „Denkfabrik“ BMWi – Diskussionspapier veröffentlicht



Im November 2017 wurde die Diskussionspapierreihe des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ins Leben gerufen, in der regelmäßig neue Analyseergebnisse zu verschiedenen Themen unseres Hauses veröffentlicht werden. Vor kurzem ist ein neues Diskussionspapier veröffentlicht worden. Dr. Till Strohsal, Referent im Prognosereferat, hat sich mit dem deutschen Konjunkturzyklus und dem Zusammenhang zur Investitionstätigkeit beschäftigt.

Diskussionspapier Nr. 6: Der deutsche Konjunkturzyklus: Vermessung und Zusammenhang zu Investitionen

In der Konjunkturprognose und -analyse wird von einem starken Zusammenhang zwischen den Wachstumsraten von Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Investitionen ausgegangen. Um das Verständnis für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und ihre Beziehung zur Investitionstätigkeit zu vertiefen, nimmt dieser Artikel die Daten

näher unter die Lupe. Die Analyse zeigt, dass der typische deutsche Konjunkturzyklus eine Länge von etwa vier bis fünf Jahren hat. Die Entwicklung der BIP-Wachstumsrate ist Granger-kausal zu den Investitionen – nicht umgekehrt. Dieser Zusammenhang geht auf Investitionen in Ausrüstungen zurück und nicht auf Investitionen in Bauten. Dabei werden die Investitionen vor allem durch die Auslandsnachfrage (Exporte) und nicht durch die Inlandsnachfrage getrieben.

Das neue Diskussionspapier sowie die bisherigen BMWi-Diskussionspapiere können unter <http://bit.ly/2A0DCgt> abgerufen werden.

Kontakt: Dr. Alfred Garloff
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

Der IndustryDay 2018



Bereits zum zweiten Mal richtete die Europäische Kommission im Februar den IndustryDay aus. Auch in diesem Jahr brachte er die Stakeholder der europäischen Industrie zusammen. Ziel ist es, die Teilnehmer zu den aktuellen und vorgesehenen industriepolitischen Maßnahmen der Europäischen Kommission zu informieren und aktuelle Themen europäischer Industriepolitik zu diskutieren.

Die Europäische Kommission, aber auch andere hochrangige Teilnehmer aus Politik und Wirtschaft, zeigten sich im Vergleich zu den letzten Jahren engagiert und optimistisch. So war das Bekenntnis der hochrangigen Akteure der europäischen Politik (unter anderem Parlamentspräsident Tajani und Kommissionspräsident Juncker) zur Industrie deutlicher als üblich zu vernehmen. Alle Vortragenden betonten, dass die Industriepolitik ganz oben auf der Agenda der Europäischen Kommission sowie des Europäischen Parlamentes stehe. Trotz mannigfaltiger, anstrengender und umwälzender Herausforderungen sei man – was die Zukunft der europäischen Industrie anbelange – optimistisch gestimmt und mit viel Engagement bei der Sache.

Die für Industriepolitik zuständige Kommissarin Bierkowska zeigte sich zuversichtlich, dass die Zukunft der europäischen Industrie gesichert sei, wenn man sich auf folgende Dinge konzentrierte: Erstens müsse Europa seine weltweite Führung bei Schlüsseltechnologien (z. B. Advanced Manufacturing, Mikroelektronik) ausbauen, zweitens müsse die Entwicklung und Umsetzung von neuen Technologien in Produkte oder Dienstleistungen, die mit erheblichen Investitionen der Unternehmen verbunden sind, z. B. in der

Form eines „wichtigen Vorhabens von gemeinsamem europäischen Interesse“, unterstützt werden und drittens die Anpassung der Arbeitskräfte durch Bildung verbessert und beschleunigt werden.

Zudem wurde von den Industrievertretern der Ruf vieler europäischer Mitgliedstaaten nach einer langfristig ausgerichteten, europäischen Industriestrategie (siehe auch Schlaglichter 08/17) wiederholt. Die im September 2017 von der Europäischen Kommission vorgelegte Strategie setze zwar ein wichtiges Zeichen für die Bedeutung der Industrie in Europa, entspreche aber nicht der Forderung, mit einer langfristig, d. h. über das Jahr 2030 hinaus ausgerichteten industriepolitischen Strategie entscheidende Weichen für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit zu setzen. Die Europäische Kommission antwortet darauf für den Moment mit der Einsetzung eines hochrangig besetzten „Runden Tisches Industrie 2030“, der mit Experten aus Industrie, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik besetzt wurde und bis zum Antritt der nächsten Kommission Vorschläge für industriepolitische Maßnahmen unterbreiten soll.

Im Vergleich zum vergangenen Jahr fand ein neuer Aspekt Eingang in die Debatte: Industriepolitik wurde in den gesamteuropäischen Zusammenhang gesetzt und auf ihre Verantwortung angesichts der zunehmenden sozialen Kluft verwiesen. Durch zukunftsfeste und gut bezahlte Arbeit in der Industrie werde nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Zukunftssicherung und im weiteren Sinne sogar europäische Einigung betrieben.

Die weiteren Diskussionen zeigten, dass die europäische Industrie gut aufgestellt ist. Dies gilt für die Bereiche Know-how, Identifizierung von Schlüsseltechnologien, hochwertige Wertschöpfung, Ausbildungsgrad der Fachkräfte, Binnenmarktintegration sowie Anzahl und Größe industrieller Unternehmen und deren Sektorenspektrum. Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft müsse aber die Ausrichtung der europäischen Industriepolitik langfristiger werden und außerdem die Investitionslücke geschlossen, die Bildung und Fähigkeiten der Beschäftigten und die Akzeptanz der Industrie in der Gesellschaft verbessert sowie die Innovationsquote gesteigert werden. Das würde im Gegenzug dann auch dazu führen, dass mit mehr „scale-ups“ das Wachstumspotenzial von „Start-ups“ und damit auch die wirtschaftliche Ausbeute von europäischen Innovationen gesteigert würde. Ein wichtiges Anliegen vieler Stakeholder war außerdem die Sicherung der Rohstoffverfügbarkeit.

In Sachen Industriepolitik verblüffte insbesondere, dass von vielen Stakeholdern aus Industrie, Politik und Wissenschaft die Einrichtung von Netzwerken und Plattformen als entscheidend für den industriellen Fortschritt, in Kleinstform beispielsweise als Digitalisierungshelfer eines kleinen Unternehmens, angesehen wurde. Deren Wirkungsgrad stehe in einem besonders guten Verhältnis zu den Kosten für die Einrichtung. Dabei wurde das unerlässliche Zusammenspiel aller Verantwortungsebenen betont: europäisch, national, subnational, regional und lokal.

Das Programm wurde durch die Ausstellung „How EU supports industrial modernisation“, die innovative Start-ups (z.B. R2R Biofluidics, Kraken Project, Nova Innovation) präsentierte, abgerundet.

Weitere Informationen, auch Protokolle zu einzelnen Sessions, nach Themen sortiert:

https://ec.europa.eu/info/events/eu-industry-day_en

Informationen zum ersten Treffen des High Level Industrial Roundtable („Runder Tisch Industrie 2030“):

https://ec.europa.eu/growth/industry/policy_en

Kontakt: Farina Boardwell
Referat: Grundsatzfragen der Industriepolitik

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

April 2018	
05.04.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Februar)
06.04.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar)
12.04.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
12.04.	Kohäsionsrat
19./20.04.	Informeller Energierat (Sofia, BGR)
25.04.	Frühjahrsprojektion 2018
27./28.04.	Informeller ECOFIN (Sofia, BGR)
Ende April 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Mai 2018	
07.05.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (März)
08.05.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (März)
15.05.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
22.05.	Rat für Auswärtige Beziehungen – Handel (vormittags)
24./25.05.	Eurogruppe/ECOFIN
28./29.05.	WBF-Rat
Ende Mai 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Juni 2018	
07.06.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (April)
08.06.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (April)
08.06.	TK-Rat
11.06.	Energieministerrat
13.06.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
21./22.06.	Eurogruppe/ECOFIN
28./29.06.	Europäischer Rat
Ende Juni 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/schlaglichter

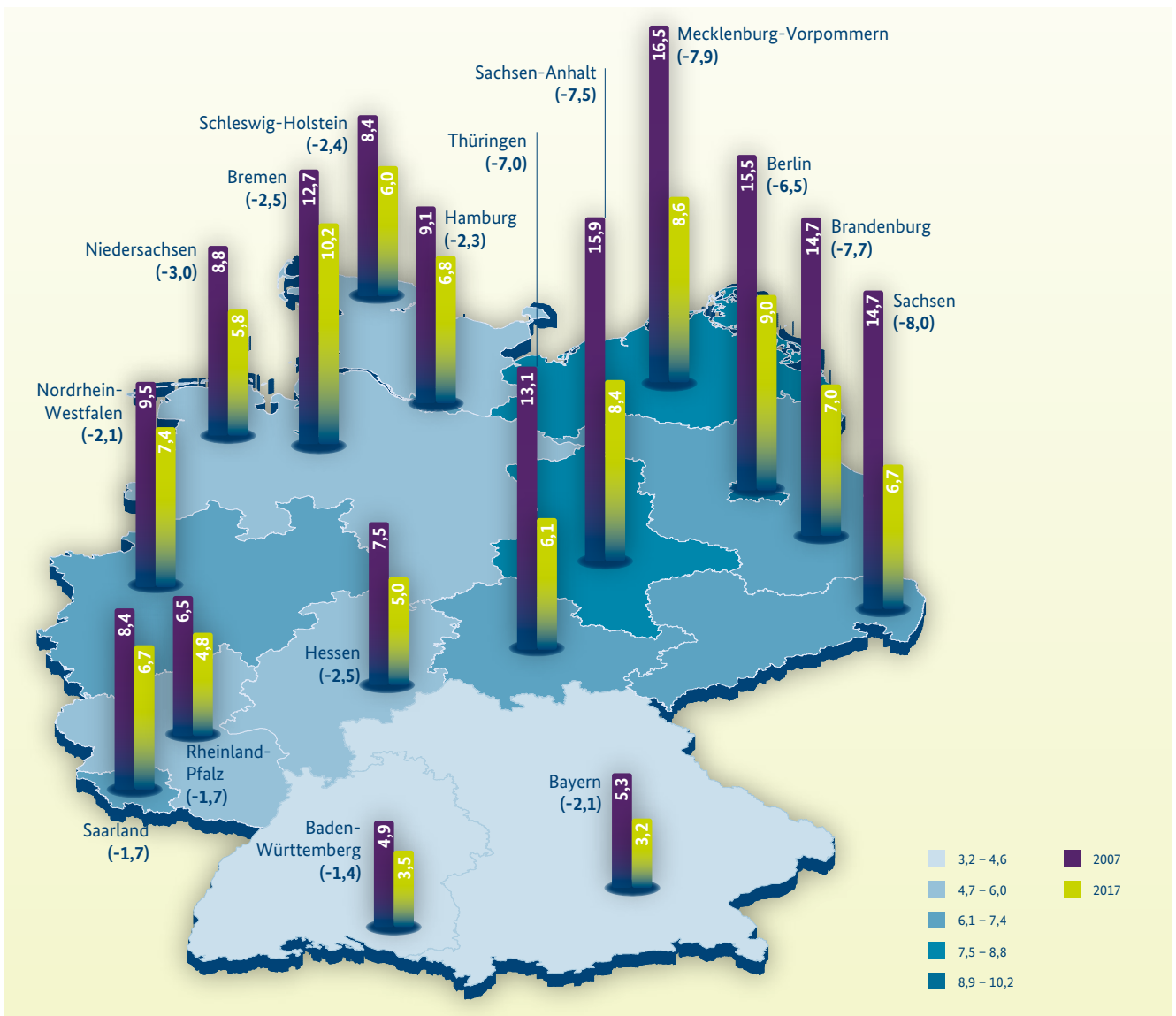


Grafik des Monats

Vollbeschäftigung ...

... ist ein zentrales Anliegen der Großen Koalition. Zwar ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken, allerdings bestehen regional noch immer sehr große Disparitäten: Während im Jahr 2017 in Eichstätt in Oberbayern bei einer Arbeitslosenquote von 1,4 Prozent Vollbeschäftigung herrschte, waren in Gelsenkirchen 14 von 100 Erwerbspersonen ohne Arbeit. Es ist ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar, aber auch die Arbeitslosigkeit im Osten ist noch deutlich höher als in den meisten westlichen Bundesländern. Allerdings geht mit dem Beschäftigungsaufschwung der letzten Jahre auch ein Aufholprozess einher: So sank die Arbeitslosenquote seit 2007 in Ostdeutschland um rund 7,4 Prozentpunkte, in Westdeutschland ging sie im Durchschnitt um 2,1 Prozentpunkte zurück.

Arbeitslosenquoten* nach Bundesländern im Vergleich zwischen 2007 und 2017 (in Klammern: Rückgang der Quote)



* Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Prozent.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.